



Information für die Presse

Landesorganisation Bremen

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer

Tel. 0421/3 50 18-13, Fax 0421/3 50 18-37, Mobil 0177-3 50 18 13

Datum, 26. April 2018

Sascha Aulepp, Landesvorsitzende der SPD Bremen: „Die Verwaltungsgebühr ist sozialpolitisch fragwürdig, nicht ihre Abschaffung“

Die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat heute in einer Pressemitteilung den Landesparteitagsbeschluss der SPD, auf eine weitere Anhebung der Verwaltungsgebühr für Studierende zu verzichten und mit Aufstellung des neuen Haushaltes ganz abzuschaffen, als „sozialpolitisch fragwürdigen Vorstoß“ kritisiert. Hierzu erklärte die Landesvorsitzende der Bremer SPD, Sascha Karolin Aulepp:

„Wir haben mit unserem Beschluss auf den sozialpolitisch fragwürdigen Anstieg des Semesterbeitrages der Studierenden reagiert. Erheblich gestiegen sind die Kosten für das Semesterticket, das Studentenwerk nimmt einen höheren Beitrag und die Verwaltungsgebühr, die in vielen Bundesländern überhaupt nicht erhoben wird, ist von 2017 auf 2018 um 24% gesteigert worden. Mittlerweile liegt der Semesterbeitrag der Studierenden bei über dreihundert Euro. Hier wollen und müssen wir eine Bremse einziehen, sonst wird das eine Studiengebühr durch die Hintertür. Gerne sind wir da zu Gesprächen bereit. Der Verzicht auf eine weitere Anhebung der Verwaltungsgebühr und ihre perspektivische Abschaffung kann und darf auch nicht gegen die Verbesserung der Bedingungen an unseren staatlichen Hochschulen gestellt werden, die ebenfalls Gegenstand desselben Landesparteitagsbeschlusses sind. Auch das werden wir bei der Aufstellung des neuen Haushaltes im Auge haben.“